0. Management Summary

0.1. Ausgangssituation

Die Funktionsausstattung der Freiwilligen Feuerwehr mit hauptamtlichen Kräften der Stadt Bergisch Gladbach liegt gegenwärtig im Aufgabenbereich Brandschutz unter der von der Bezirksregierung Köln empfohlenen Mindestgröße. Laut Bezirksregierung sind insgesamt neun Funktionen zur Erfüllung der Erstaufgaben zu stellen. Dabei wird bei Freiwilligen Feuerwehren mit hauptamtlichen Kräften vorausgesetzt, dass eine hauptberufliche Staffel in der Stärke von 6 Funktionen vorgehalten wird. Innerhalb des Zeitfensters von 8 Minuten kann das darüber hinausgehende erforderliche Personal (3 Funktionen) durch ehrenamtliche Kräfte gestellt werden.

Die Feuerwache Nord ist im IST-Zustand mit zwei und die Feuerwache Süd mit drei Funktionen unterbesetzt. Hinzu kommt, dass die Empfehlungen der Bezirksregierung auf der Annahme einer stets verfügbaren Freiwilligen Feuerwehr basieren. Dies ist tagsüber zumindest für den Löschzug Bensberg nicht gegeben. Somit ist in der Feuerwache Süd zusätzlicher Besetzungsbedarf vorhanden, bis die Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr sichergestellt ist.

Der Rettungsdienst erfüllt die gesetzlichen Anforderungen. Mit der vorhandenen Stellenausstattung ist eine flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung sowohl mit Leistungen der Notfallrettung (RTW und NEF) als auch des Krankentransports (KTW) gewährleistet.

Die von dem Rettungsdienst durchgeführten KTW-Transporte decken nur einen geringen Teil des Bedarfs. Insgesamt mussten im Jahr 2000 312 TDM an den MHD für 1543 geleistete Fahrten gezahlt werden. Gegenüber 1999 ist die Gebührenhöhe um 25,5 % angestiegen.

Die Stellenausstattung im administrativen Bereich ist angemessen. Defizite in der Aufgabenwahrnehmung basieren auf fehlender Zuweisung eindeutiger Verantwortlichkeiten und mangelnder Vertretungsregelungen. Aufgezeigte Regelungsdefizite verursachten im Betrachtungszeitraum Einnahmeverluste.

Durch die gemeinsame Unterbringung der Funktionsbereiche Brandschutz und Rettungsdienst in den beiden Wachen Nord und Süd sind Kosten insbesondere im Bereich der Kommunikation bereits minimiert. Durch Verlegung einer Kleiderkammer können die vorhandenen Räume der Wache Süd auch bei einer Aufstockung des Personals weiterhin genutzt werden. Der Fuhrpark ist dem Gefährdungspotenzial der Stadt Bergisch Gladbach angemessen ausgestattet.

Handlungsbedarf besteht hinsichtlich einer Verringerung des Krankenstands und einer besseren Ausnutzung des Refinanzierungspotenzials insbesondere im Bereich Vorbeugender Brandschutz.

0.2. Risikoanalyse

Im Rahmen der Brandschutzbedarfsplanung hat die Freiwillige Feuerwehr mit hauptamtlichen Kräften mit einer Klassifikation des Stadtgebiets in Risikogruppen begonnen. Die Klassifikation liegt noch nicht abschließend vor. Sie beinhaltet grundsätzlich nachvollziehbare Kriterien und bildet sinnvolle sogenannte cluster. Die Risikoanalyse wird ergänzt um die Löschwasserversorgung im gesamten Stadtgebiet. Bergisch Gladbach wäre eine der ersten Kommunen in NRW, die über eine derartige digitalisierte Darstellung verfügen könnte.

Unabhängig von den Risikogruppen, den von der Feuerwehr unterstellten Schaden Eintrittswahrscheinlichkeiten und zum Teil differierenden Auffassungen zwischen Kienbaum und der Städtischen Feuerwehr hinsichtlich der Personalstärke ist festzuhalten, dass Teile von Refrath ebenfalls als risikoreich eingestuft sind. Die bisherige geographische Anordnung der Feuerwachen lässt tagsüber ein rechtzeitiges Eintreffen im westlichen Stadtgebiet innerhalb der Hilfsfrist 1 nicht zu – unabhängig von der Personalstärke.

Auf der anderen Seite ist festzuhalten, dass in keiner uns bekannten Kommune der flächendeckende Erreichungsgrad von 100% innerhalb der Hilfsfrist 1 gegeben ist. Dies ist auch in Bergisch Gladbach nicht möglich. So ist z. B. in Bergisch Gladbach davon auszugehen, dass ca. 8.500 Einwohner mit stadteigenen Hilfskräften nicht rechtzeitig innerhalb von 8 Minuten erreicht werden können. (Stattdessen ist ein vollständiger Löschzug möglicherweise nach 9 Minuten am Einsatzort.)

Für das östliche und südöstliche Stadtrandgebiet gilt Analoges. Allerdings liegt hier gemeinhin ein geringeres Risikopotential vor, obwohl die zu betreuende Fläche wesentlich größer ist. In diesem Gebiet leben ca. 3.500 Einwohner.

Den Entscheidern muss also bewusst sein, dass sie nicht das gesamte Stadtgebiet unter den gegebenen baulichen Zuständen mit der gleichen Qualität bedienen können. Selbst das Modell der Feuerwehr sieht in der Minimalvariante keine Lösungsmöglichkeit vor, diese Gebiete tagsüber innerhalb von acht Minuten in der erforderlichen Funktionsstärke zu erreichen. Es ist zu entscheiden, ob innerhalb kürzester Zeit alle Maßnahmen ergriffen werden sollen, um in Refrath die Verfügbarkeit ehrenamtlicher Kräfte innerhalb der Hilfsfrist 1 sicher zu stellen.

Für das übrige Stadtgebiet ist festzuhalten, dass im IST-Zustand zumindest eine minimale Anzahl an Hilfskräften aufgeboten werden kann, die im SOLL-Zustand deutlich zu optimieren ist.

0.3. Soll-Konzept

Wesentliches Element der konzeptionellen Neugestaltung ist die **Stärkung der hauptamtlichen Kräfte im Einsatzdienst**. Pro Wache werden zukünftig **sechs Funktionen** im Aufgabenbereich Brandschutz vorgehalten. Die Tagesdienstverstärkung in der Feuerwache Süd ist solange vorgesehen, bis die entsprechenden Kräfte durch die Freiwillige Feuerwehr gestellt werden können.

Im Rahmen der Projektarbeiten konnten flankierende Maßnahmen zur kurzfristigen **Stärkung und dauerhaften Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr** identifiziert werden. Zu nennen sind hier insbesondere die

- » Stärkung des Meinungsbildes in der Öffentlichkeit,
- » bevorzugte Berücksichtigung bei der Bewerbung auf städtische Stellenangebote,
- » finanziellen Anreizsysteme und
- » sonstige Fördermöglichkeiten, wie beispielsweise die finanzielle Förderung von kameradschaftlichen Gemeinschaftsveranstaltungen

Die Aktivitäten zur Stärkung der Freiwilligen Feuerwehr sollten zur „Chefsache“ erklärt werden, damit diese Ressource dauerhaft und in gestärkter Form genutzt werden kann.

Im Bereich des **Rettungsdienstes** ist die Funktionsausstattung im Segment RTW ausreichend. Optimierungspotenzial zeichnet sich durch Einsatz von zivilen Rettungssanitätern in der Aufgabenwahrnehmung KTW-Transporte ab. Die im Jahr 2000 angefallen Gebührenanteile von rund 312 TDM können durch Anstellung von entsprechendem Transportpersonal mehr als kompensiert werden.

Im **Verwaltungsbereich** kann durch Einsatz einer Verwaltungsleitung die Ablauffizienz deutlich verbessert werden. Bearbeitungsrückstände und unklare Regelungen können kurzfristig abgestellt und dauerhaft beseitigt werden.

0.4. Personalwirtschaftliche Konsequenzen und Umsetzungsempfehlungen

Die hauptamtlichen Kräfte der Feuerwehr Bergisch-Gladbach haben im IST-Zustand eine Stärke von 81 Stellen; davon sind 64 Stellen den Bereichen Rettungsdienst und Brandschutz zugeordnet. Da der Pool von scheinbar zur Verfügung stehenden 160 Freiwilligen unter den aktuellen Verhältnissen tagsüber nur als vernachlässigende Verstärkung der hauptamtlichen Kräfte betrachtet werden kann, sind die Funktionen im Tagesdienst zu stärken, obwohl retrospektiv betrachtet die Einsatzdichte nur bei 2 bis 3 Einsätzen pro Tag (24 Stunden) für beide Wachen zusammen liegt. Es darf bei dieser Betrachtung allerdings nicht verkannt werden, dass es erhebliche Risiken in der Stadt gibt, bei denen die Schadeneintrittswahrscheinlichkeiten und die Größe des potentiellen Schadensereignisses nicht prognostiziert werden können.

Um den Empfehlungen des RP Köln gerecht zu werden, müssen 6 Funktionen je Wache von hauptamtlichen Kräften gestellt werden. Dies führt (ohne Berücksichtigung der sechs Stellen für KTW-Fahrten, die als kostendeckend betrachtet werden) zu folgendem Vergleich gegenüber der IST-Situation:

IST	KMC-Modell		FW-Modell (Min.)		FW-Modell (I)		FW-Modell (II)*
	mit TD	ohne TD	mit TD	ohne TD	mit TD	ohne TD	
Anzahl der Stellen							
81	105	99	118	106	126	114	138
Abweichung gegenüber dem IST							
	24	18	37	25	45	33	57
Personalkosten (durchschnittlich werden 90.000 DM p.a. und Stelle angesetzt)							
7.290.000 DM	9.450.000 DM	8.910.000 DM	10.620.000 DM	9.540.000 DM	11.340.000 DM	10.260.000 DM	12.420.000 DM
Abweichung gegenüber dem IST							
0	2.160.000 DM	1.620.000 DM	3.330.000 DM	2.250.000 DM	4.050.000 DM	2.970.000 DM	5.130.000 DM

Abb. 1: Anzahl der Stellen und Kosten im Überblick

Es bedarf also einer stellenmäßigen Ausweitung um mindestens 18 Stellen nach dem Kienbaum-Modell, ergänzt um substanzfördernde Maßnahmen, um die Freiwillige Feuerwehr wieder zu einer echten Verstärkung der hauptamtlichen Kräfte reifen zu lassen. Dies entspricht einer Summe von mindestens 1,6 Mio. DM p.a. Dem stehen Mehrforderungen der Feuerwehr von bis zu 5,1 Mio. DM gegenüber.

Investitionen sind notwendig, weil zwischenzeitlich mit dem Bau weiterer Liegenschaften in der Stadt Bergisch Gladbach auch weitere Risikopotentiale geschaffen wurden. Insofern sind die höheren Personalausgaben für die hauptamtlichen Kräfte der Feuerwehr wie Versicherungsbeiträge zur Absicherung von Allgemeinschäden innerhalb des Stadtgebietes zu betrachten. Sie dienen auch der Abfederung wirtschaftlicher Schäden im Schadensfall.

Das Kienbaum-Modell bietet ein wesentlich höheres Maß an Sicherheit gegenüber dem IST-Zustand. Das Kienbaum-Modell stellt einen Kompromiss dar zwischen Sicherheitsbedürfnissen einerseits und Finanzierbarkeit andererseits. Es ist zu betonen, dass weder das Kienbaum-Modell noch die Modelle der Feuerwehr in der Lage sein werden, das gesamte Stadtgebiet mit der gleichen Dienstleistungsqualität zu versorgen. Dies könnte auch aufgrund der nur dann gelingen,

Empfehlungen zur weiteren Vorgehensweise

1. Zur Stärkung der Freiwilligen Feuerwehr sollten unverzüglich umfangreiche Aktivitäten anlaufen:
 - Bevorzugte Einstellung von aktiven Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr in der Stadtverwaltung
 - Erhöhung finanzieller Anreize
 - Kontaktaufnahme zu Industrieunternehmen in Bergisch Gladbach und Bensberg
2. Verstärkung des Brandschutzeinsatzdienstes durch zeitlich befristeten Tagesdienst nach detaillierter Prüfung der Einsatzverfügbarkeit auf der Feuerwache Süd
3. Einstellung von zivilen Rettungssanitätern für KTW-Fahrten zur Reduzierung der Gebührenanteile an den MHD
4. Kurzfristige Engpassbeseitigung in der Funktionsbesetzung Brandschutz durch Einstellung von Rettungssanitätern für RTW-Fahrten

All diese Maßnahmen greifen aber nur dann, wenn die Neuausrichtung als gemeinsame Aufgabe von Feuerwehr und Stadtverwaltung verstanden wird und die Feuerwehrverwaltung auf der Leitungsebene personell gestärkt wird.